



# NEUE GEMEINDE

www.gvvgld.at

info



**Gut gerüstet für Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2022:  
SPÖ und GVV auf Tour durch die Bezirke**

Seiten 8 - 11

**GVV Erfolg bei Gemeinde-Paket:** Bund gibt Druck teilweise nach und stellt Hilfspaket für Städte und Gemeinden in Aussicht  
Seite 3

**GVV Präsident Erich Trummer und sein Team wünschen ein frohes und besinnliches Osterfest!**

**GVV Österreich fordert Recht auf kostenlose Kinderbetreuung:** Bund wird aufgefordert, den 5-Punkte-Plan umzusetzen  
Seite 6

**Klartext!**

## Auf die Gemeinden ist immer Verlass!



Bgm. Erich Trummer  
Präsident GVV  
Burgenland

**Geschätzte Bürgermeister\*innen und Vizebürgermeister\*innen!**  
**Liebe Gemeindevertreter\*innen!**  
**Sehr geehrte Damen und Herren!**

Unsere Gemeinden konnten sich in den letzten Jahrzehnten mit guten Rahmenbedingungen im Bund und Land hervorragend entwickeln. Sachlich analysiert mussten wir aber schon vor der Pandemie, aber insbesondere während der Corona-Krisenzeit, binnen relativ kurzer Zeit eine Reihe von Bundeskanzlern und Ministerwechsel zur Kenntnis nehmen. Offen gesagt wurden zuletzt in unserer Gesellschaft Anstand und Werte öfters beschädigt. Das ist ungewöhnlich für unser Land und lässt viele Menschen verunsichert zurück. Die Gemeinden bleiben aber ein wichtiger Stabilitätsfaktor.

Wir vernehmen täglich aus den Medien auch die schrecklichen Kriegshandlungen in der Ukraine und diese humanitäre Katastrophe, die mittlerweile wirtschaftlich (Lieferengpässe) und sozial (Teuerung), aber auch humanitär (Geflüchtete) unser Land betrifft. Diese Situationen zeigen, wie wichtig Stabilität und Verlässlichkeit sind, weil sie entscheidend für unsere Sicherheit und unsere Lebensbedingungen sind. Wir alle in unseren Familien, aber auch in der Gemeindevertretung und Gemeindeverwaltung verspüren die aktuell instabile Lage.

Egal, ob während der Corona-Pandemie als Krisenmanager, oder bei der Ukrainehilfe mit Sammelaktionen oder bei der Mithilfe bei der Unterbringung und Betreuung von Vertriebenen: auf die Gemeinden und ihre Gemeindevertreter\*innen ist immer Verlass! Dafür gebührt ihnen auch Respekt, Dank und Anerkennung. Eine aktuelle Umfrage von Demox-Research im Auftrag des Österreichischen Gemeindebundes zeigt deutlich, dass zwei Drittel oder 67 Prozent der Österreicherinnen und Österreicher ihren Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vertrauen. Dies ist ein starker Vertrauensbeweis für alle Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker und auch im Besonderen für alle Bediensteten in der kommunalen Verwaltung, die sich tagtäglich für ihre Mitmenschen einsetzen. Mit diesem Vertrauen ausgestattet können wir Gemeindevertreter gegenüber unseren Gesprächspartnern im Bund und Land auftreten und gestärkt mit den Menschen und für die Menschen in unseren Gemeinden arbeiten!

In diesem Sinn wünsche ich euch ein hoffnungsvolles Osterfest, verbunden mit Frieden und Stabilität! Ich wünsche uns aber auch die Wertschätzung, die wir Gemeindevertreter\*innen mit unserer leidenschaftlichen Arbeit für unsere Gemeinde verdienen.

Mit freundschaftlichen Grüßen  
Euer

Erich Trummer,  
GVV Präsident

GVV Burgenland  
Präsident Bgm. Erich  
Trummer und GVV  
Österreich Vor-  
sitzender NR Bgm.  
Andreas Kollross  
kämpfen gemeinsam  
für ein gerechtes  
Hilfpaket für die  
Kommunen.

Foto:  
GVV Burgenland



## Gemeinde-Paket: Forderungen des GVV zeigen Wirkung

**D**ie Bundesregierung hat dem Druck der Gemeinden zumindest teilweise nachgegeben und im Jänner ein neues Hilfspaket für Städte und Gemeinden in Aussicht gestellt. Der GVV begrüßt die darin geplante Aufstockung der Ertragsanteile für Städte und Gemeinden um 275 Millionen Euro. Das ist ein wichtiger Teilerfolge. Der GVV will weiterhin die vollständige Abgeltung der Corona-Einnahmenverluste.

GVV Burgenland Präsident Erich Trummer: „Unsere hartnäckigen GVV-Forderungen und die zahlreich beschlossenen GVV-Gemeinderatsresolutionen an den Bund für eine gerechte und ausreichende Finanzierung der Kommunen haben jedenfalls für den Teilerfolg des 3. Gemeindepaketes beigetragen. Aus unserer Sicht ist aber die ausreichende Finanzierung der Gemeindeleistungen damit noch nicht gegeben.“

Der GVV Burgenland fordert seit Beginn der Pandemie vom Bund eine vollständige Abgeltung der Einnahmenverluste für die Kommunen. Ein ausreichender, auflagenfreier Corona-Einnahmefallausgleich des Bundes lässt aber trotz des Verhandlungserfolges mit dem 3. Gemeindepaket weiter auf sich warten. Zuletzt hat der GVV Burgenland mittels Gemeinderatsresolutionen gefordert, dass die im 2. Gemeindepaket zugesagten 1 Milliarde Euro Ertragsanteilszuschüsse (= 36,6 Millionen Euro Bundeskredit für die burgenländischen Gemeinden, der frühzeitig bereits seit Ende 2021 wieder zurückbezahlt werden muss) in nicht rückzahlbare Zuschüsse umzuwandeln und die Beteiligung der Gemeinden mit 13 %

an der Finanzierung der ÖKO-Steuerreform auszugleichen (= jährlich 13,4 Mio. Euro weniger für die burgenländischen Gemeinden).

Für den GVV ist das ein Schritt in die richtige Richtung, um die Gemeindeleistungen aufrecht zu erhalten, dem allerdings spätestens beim Finanzausgleich noch weitere folgen müssen. Gefordert wurde weiters:

- eine Erhöhung der Ertragsanteile der Gemeinden um 275 Mio. Euro und eine Umwandlung der Zuschüsse in Zuschüsse zumindest zu 25 % .
- 750 Mio. Euro, die Länder für die Krankenanstalten, die im Burgenland mit 20 % von den Gemeinden kofinanziert werden, erhalten sollen.
- Dass der Bund den Ländern und Gemeinden ihren Anteil, den sie für Maßnahmen der ökosozialen Steuerreform tragen müssten, erlässt. Damit werden Länder und Gemeinden bis 2025 mit bis zu 840 Mio. Euro unterstützt.

GVV Präsident Trummer zeigt sich zunächst einmal zufrieden. Trummer: „Es war höchst an der Zeit, dass die Regierung aktiv geworden ist, aber die Hilfen bleiben weiterhin halbherzig. Nach monatelangem Druck von SPÖ und GVV hat die Regierung ihr Versagen eingestanden und eine Aufstockung des Hilfspaketes für Städte und Gemeinden präsentiert. Die finanzielle Situation zahlreicher Städte und Gemeinden in Folge der Corona-Krise bleibt allerdings dramatisch.“

## WIR GRATULIEREN

**Der GVV Burgenland  
wünscht alles Gute  
zum Geburtstag!**

BGM.

**Ing. Eduard ZACH**

Heiligenkreuz i.Lafnitztal

**70**

VBGM.

**Birgit GRAFL**

Neutal

**50**

VBGM.

**Daniel SOMMER, BSc**

Stoob

**30**

### Trauer um GVV-LGF

**a.D. Josef Thies**

Tief betroffen zeigt sich der GVV vom Ableben Josef Thies. Der ehemalige GVV Landesgeschäftsführer und langjährige Bürgermeister von Neutal ist am 8. März im 82. Lebensjahr verstorben. Fast 19 Jahre lenkte Thies als Bürgermeister die Geschicke seiner Heimatgemeinde. In seine Zeit fällt die Errichtung des Technologiezentrums Mittelburgenland sowie der Aufbau eines Industriezentrums an der S31. Damit wurde der Grundstein für die Entwicklung des Wirtschaftsstandortes gelegt. Thies wurde mit der Ehrenbürgerschaft Neutals und der Viktor Adler Plakette ausgezeichnet.



**Zur Sache!**

**Liebe Gemeindevertreterinnen!  
Liebe Gemeindevertreter!**



Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

Es sind dramatische Zeiten angebrochen. Niemand konnte sich vorstellen, was seit Anfang 2022 eingetreten ist: Krieg in Europa. Diese Ereignisse werden sich auch auf die Städte und Gemeinden auswirken. Wir müssen davon ausgehen, dass mehrere hunderttausend, vielleicht sogar Millionen Menschen Zuflucht in anderen Teilen Europas suchen. Die EU hat beschlossen, dass diese Menschen in die EU kommen können, sie brauchen kein Asylverfahren, sie bekommen eine Aufenthalts- und Arbeitsgenehmigung für drei Jahre. Es kommt jetzt darauf an, Solidarität zu üben und Unterbringungsmöglichkeiten für diese Menschen zu schaffen. Hier sind alle gefordert, ihre Erstaufnahmeeinrichtungen zu revitalisieren und ein ordnungsgemäßes Verfahren mit der Verteilung auf die Kommunen zu organisieren. Das Land Burgenland hat hier schon zu Beginn gezeigt, wie man das organisieren kann. Die Solidarität ist groß, aber diese gesamtgesellschaftliche Aufgabe muss von Bund dauerhaft finanziert werden – dazu gehört Schule, dazu gehört Kinderbetreuung, dazu gehört Arbeitsvermittlung. Wir müssen uns darauf einstellen, dass dieser Prozess länger dauern wird. Diese Menschen werden nicht in wenigen Monaten in ihr Heimatland zurückkehren. Ein damit zusammenhängender weiterer Punkt, der uns nachhaltig beschäftigen wird, ist die Energieversorgung. Wir präferieren ein Modell, das den Ausstieg aus fossilen Energieträgern sowie den Ausbau der alternativen Energien vorsieht. Aber, Österreich deckt einen sehr hohen Teil seines Energiebedarfs aus russischen Quellen. Ob diese Quellen weiter verlässlich fließen, ist mehr als unsicher. Vor diesem Hintergrund wird eine neue Diskussion bei der Energiewende kommen. Menschen vor Ort unterstützen zwar den Ausbau der alternativen Energien, wollen diese aber oft weder sehen noch hören. Wir müssen dringend an der Akzeptanz der Energiewende arbeiten. Wir brauchen schnellere Genehmigungsverfahren und viel mehr Bürgereinbindung. Der Bürgerprotest, der nicht zu verhindern ist, kann zumindest kanalisiert werden, etwa durch Präklusionsfristen, die das Einbringen von Einwänden nur bis zu einem bestimmten Stichtag zulassen. Was ebenfalls benötigt wird, ist das Bewusstsein der Bevölkerung, dass nicht alles so sicher ist, wie wir das bisher eingeschätzt haben. Das heißt: Auch Eigenvorsorge wird unverzichtbar bleiben, genauso, wie gewisse Übungen für den Ernstfall mit Partnern vor Ort. Leider hat bei uns eine Mentalität Fuß gefasst, bei der für jedes Thema, immer eine Lösung gefunden werden kann, nämlich mehr Geld und mehr Personal. Aber: Personal in großem Umfang wird es zusätzlich kaum geben. Es gehört daher auch zu den Aufgaben der Städte und Gemeinden ihren Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln, dass nicht alles, was wünschenswert ist, auch bezahlbar und kurzfristig umsetzbar sein wird.

Mit freundlichen Grüßen

Mag. Herbert Marhold  
1. Landesgeschäftsführer

## Demokratiepaket für Gemeinderats- und Landtagswahlen präsentiert

**B**ei der Landtagssitzung Ende Dezember 2021 wurde eine neue Landtags- und Gemeindevahlordnung beschlossen. Dabei kommt es zu wichtigen Änderungen, insbesondere was die Organisation, Ablauf und Mandatsverteilung bei Landtags- und Kommunalwahlen betrifft. Die neuen Regelungen stärken unsere Demokratie.

Ein Kernstück der neuen Wahlordnungs-novellen sind die Neuregelungen bei den Mandatszuweisungen in der Gemeindevahl- und Landtagswahlordnung. Durch neue Berechnungsmethoden werden Vorzugsstimmen deutlich aufgewertet und damit die Persönlichkeitswahl bei Kommunalwahlen weiter gestärkt. Konkret: Bis dato waren 15% der Partei-Stimmen für eine Person nötig um ein Vorzugsstimmenmandat zu erhalten. „Diese Hürde fällt jetzt zur Gänze weg. Jede Vorzugsstimme zählt gleich viel“, sagt Landeshauptmann-Stellvertreterin Astrid Eisenkopf. Sie sieht in dieser neuen Regelung eine Stärkung des Wählerwillens. Jeder und Jede, die in der Gemeinde die Unterstützung der WählerInnen bekommt, soll auch die Möglichkeit haben, diese Interessen in weiterer Folge im Gemeinderat vertreten zu können.

Neben der Stärkung der direkten Demokratie bringt die neue Landtags- und Gemeindevahlordnung viele Erleichterungen für die Wahlbehörden und WählerInnen. Ein wichtiges Ziel war es, praxisuntaugliche Regelungen abzuschaffen und die Abwicklung von Wahl zu erleichtern. So wird ist es zukünftig möglich sein eine Wahlkarte mit einem Bar- oder QR-Code zu versehen, um

damit den Rücklauf der Wahlkarten besser und schneller nachvollziehen zu können. Dadurch entfällt ein oft mühsames händisches Abtippen der Daten für die Gemeindebediensteten. Des Weiteren wurden einheitliche Regelungen, insbesondere was den Umgang mit Wahlkuverts bei Briefwahlen betrifft, geschaffen. GVV Präsident Trummer: „Eine Briefwahlstimme wird in Zukunft nicht mehr ungültig sein, nur weil das dazugehörige Wahlkuvert nicht mehr zugeklebt wurde. Damit wird auch mehr Verständnis und Akzeptanz für die Briefwahl in der Bevölkerung geschaffen und die Wahlordnungen vereinheitlicht.“ Im Zuge der Wahlordnungsnovelle wurde auch sichergestellt, dass zukünftig in jeder Gemeinde ein barrierefreies Wahllokal zur Verfügung steht. Für Eisenkopf und Trummer ein unerlässlicher Schritt in Richtung Gleichbehandlung.

Unser Ziel bei den geänderten Wahlordnungen ist ganz klar die Stärkung der direkten Demokratie. Die Vergabe von Mandaten folgt grundsätzlich aufgrund der Zahl der erreichten Vorzugsstimmen. Für den GVV wesentlich war auch die Aufwandsentschädigung für Mitglieder der Wahlbehörden bei der Gemeinderats- und auch bei der Landtagswahl. Trummer: „Die engagierten Mitglieder der Wahlbehörde bringen viel Zeit dafür auf, dass jede Wahl reibungslos über die Bühne gehen kann. In Zukunft werden sie bei diesen beiden Wahlen dafür angemessen entschädigt.“ Diese adäquate Aufwandsentschädigung soll es auch für Bundeswahlen geben, betonen SP-Klubobmann Hergovich und Trummer unisono.



LHSt. Mag.a Astrid Eisenkopf stellte mit GVV Präsident Erich Trummer und SPÖ Klubobmann Robert Hergovich das neue Demokratiepaket für Gemeinderats- und Landtagswahlen vor.

Foto:  
SPÖ Landtagsklub



LHSt. Mag. Astrid Eisenkopf gratulierte Inge Posch-Gruska  
Foto: SPÖ Frauen Bgl.

## Inge Posch-Gruska ausgezeichnet

Anfang Februar wurde GVV-Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska, langjährige SPÖ-Bürgermeisterin von Hirm und Bezirksfrauenvorsitzende im Bezirk Mattersburg, Landtagsabgeordnete und Präsidentin des Bundesrates, die höchste Würdigung der SPÖ Frauen, die Herta-Firnberg-Auszeichnung durch Burgenlands Landesfrauenvorsitzende LH-STVin. Mag. Astrid Eisenkopf überreicht. Eisenkopf: „Für ihre konsequente frauenpolitische Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz für die burgenländische und österreichische Sozialdemokratie erhält Inge Posch-Gruska auf Vorschlag der SPÖ Frauen Burgenland die höchste Würdigung, die die SPÖ Frauen zu vergeben haben – die Herta-Firnberg-Auszeichnung. Inges Herz schlägt durch und durch sozialdemokratisch, in vielen Bereichen war sie Vorkämpferin. Danke für deinen Einsatz im Namen der Burgenländerinnen! Danke für dein Engagement!“ Posch-Gruska war von 2007 bis 2021 Bürgermeisterin von Hirm. Von 2010 bis 2019 war Posch-Gruska Mitglied des Bundesrates, in dieser Zeit bekleidete sie im zweiten Halbjahr 2018 das Amt der Präsidentin des Bundesrates. Von 2005 bis 2010 und von 2019 bis 2020 vertrat sie die SPÖ im burgenländischen Landtag. GVV Präsident Erich Trummer gratulierte seiner Vizepräsidentin und bedankt sich bei Inge Posch-Gruska für ihre konsequente frauenpolitische Arbeit und ihren unermüdlichen Einsatz für die Gemeinden. Im GVV Burgenland wird Posch-Gruska noch bis zur nächsten Landeskonferenz nach der Bürgermeister- und Gemeinderatswahl 2022 die Funktion als Vizepräsidentin ausüben.

## Photovoltaik-Offensive des Landes

Das Land Burgenland hat sich zum Ziel gesetzt, wie bei der Windkraft auch bei der Photovoltaik österreich- und europaweit eine Vorreiterrolle einzunehmen. Im Unterschied zum Bund will das Burgenland nicht erst 2040, sondern bereits 2030 klimaneutral sein. „Dieses ambitionierte Vorhaben wird auf Hochdruck umgesetzt – denn der Klimaschutz darf nicht nur in Sonntagsreden hochgehalten werden, sondern es müssen wirksame Taten gesetzt werden“, betont Infrastrukturlandesrat Heinrich Dorner. Seitens des Landes habe man letztes Jahr ein neues Raumplanungsgesetz beschlossen, bei dem der Ausbau der Photovoltaik eine zentrale Rolle spielt und der Landschaftsschutz an oberster Stelle steht und auch gewährleistet wird. „Forciert wird daher zum einen die Errichtung von Photovoltaikanlagen auf Dächern. Zum anderen werden Photovoltaikanlagen auf Freiflächen installiert, und zwar in Eignungszonen, die vom Land vorgegeben werden. Einem Wildwuchs von Photovoltaikanlagen wird somit Einhalt geboten“, so der Landesrat.

Das Raumplanungsgesetz sieht zudem vor, dass die Betreiber innovative Nutzungskonzepte berücksichtigen müssen: Bürgerenergiegemeinschaften, Erneuerbare-Energie-Gemeinschaften, landwirtschaftliche Doppelnutzungen, Kombination mit Energiespeichersystemen usw. „Auch damit ist das Burgenland eine Modellregion beim Klima- und Umweltschutz“, betont Dorner. Wichtig sei bei der Erarbeitung des Gesetzes auch ein breiter Beteiligungsprozess gewesen. So hätten sich Birdlife und WWF aktiv an der Erarbeitung der Zonenvorschläge beteiligt.

Die Umsetzung der Photovoltaik-Offensive ist in vollem Gange und wird bereits in etlichen Gemeinden, die Anlagen in Eignungszonen errichten wollen, vorangetrieben. Auf Unverständnis stößt beim Landesrat, dass nun die Landes-ÖVP die Photovoltaikoffensive des Landes und der Gemeinden blockiert.

Die neue Novelle vom Februar 2022 wird der GVV prüfen, aber klar ist, dass die Klimaziele in und mit den Gemeinden erreicht werden müssen.

## GVV Österreich: Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung endlich umsetzen!

**Der GVV Österreich fordert einen Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung mit rechtlicher Absicherung für Städte und Gemeinden. Grundlage dafür ist ein 5-Stufen-Plan.**

Für die Ausgestaltung des Rechtsanspruches auf Kinderbetreuung werden hierzu die VIF-Kriterien herangezogen (mindestens 45 Stunden pro Woche (Montag bis Freitag) geöffnet, an 4 Tagen pro Woche mindestens 9,5 Stunden geöffnet, Angebot eines Mittagessens, maximal 5 Wochen

im Jahr geschlossen). Eine ganztägige, für die Familien kostenlose Kinderbetreuung ist die Basis für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Wichtig zu beachten ist: Der Rechtsanspruch gilt für alle Kinder im Alter zwischen 1 und 6 Jahren, die Kinderbetreuung ist kostenlos. Die Entscheidung, in welchem Zeitraum die Einrichtungen offen haben sollen und somit der Rechtsanspruch gilt, obliegt den Kommunen. Jedenfalls in einer Kernzeit zwischen 6 und 18 Uhr. Die Pädagoginnen müssten besser bezahlt werden.

### 5-Stufen-Plan Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung

#### 1. Schritt: Evaluierung der fehlenden Kindergartenplätze.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, bis Sommer 2022 zu evaluieren, wie viele Kindergartenplätze derzeit in Österreich in jeder der 2.095 Kommunen fehlen.

#### 2. Schritt: Budgetäre Mittel für den Ausbau der Einrichtungen sind eine Kernforderung des GVV Burgenland!

Für die Budgetjahre 2023 und 2024 soll die Bundesregierung die finanziellen Mittel in Höhe von mindestens je 1 Milliarde Euro zur Verfügung stellen, damit die Einrichtungen für fehlende Kinderbetreuungsplätze in den Städten und Gemeinden gebaut werden können.

Positiver Nebeneffekt: Das kurbelt das regionale Bau- und Baunebengewerbe an.

#### 3. Schritt: Ausbildungsoffensive im Bereich der Elementarpädagogik ab September 2022.

Die Corona-Pandemie hat noch einmal verdeutlicht, wie schwierig der Arbeitsalltag für Elementarpädagog\*innen ist. Viele sind ausgebrannt und wechseln den Job. Das führt dazu, dass es einen Mangel an Elementarpädagog\*innen gibt. Mit dem Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung und der Schaffung zusätzlicher Kinderbetreuungsplätze braucht es auch zusätzliche Elementarpädagog\*innen.

Die Bundesregierung wird daher aufge-

fordert, massiv in den Ausbau von Ausbildungsplätzen ab September 2022 für Elementarpädagog\*innen zu investieren.

#### 4. Schritt: Gemeindekooperationen forcieren.

In einwohner- und strukturschwachen Gemeinden wird bereits jetzt in Gemeindekooperationen gearbeitet. Diese Kooperationen sollen beibehalten und ausgebaut werden. Unter Rücksichtnahme auf den Rechtsanspruch muss es auch möglich sein, Kinder in benachbarten Kommunen unterzubringen, wenn dies logistisch erforderlich ist.

#### 5. Schritt: Jährliches Budget für Kinderbetreuung in Höhe von zumindest 1,7 Milliarden Euro fix im Bundesbudget verankern.

Ab 2025 stellt die Regierung jährlich fix verankert die budgetären Mittel zur Verfügung, damit der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung in den Städten und Gemeinden umgesetzt werden kann. Hier ist die Forderung eine Aufstockung der finanziellen Mittel für die Kinderbetreuung um 1,7 Milliarden Euro pro Jahr. Wichtig dabei ist, dass diese Summe nicht als Anschubfinanzierung betrachtet wird, sondern fixer budgetärer Bestandteil des Bundesbudgets bleibt, der jedes Jahr auf Basis der Inflation den Städten und Gemeinden für den Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung bereitgestellt wird.



**1. Burgenländische Frauenakademie:** IAnfang März fand das erste Modul der burgenländische Frauenakademie „Burgenländerinnen pur – Wir Frauen in Politik und Verantwortung“ in Eisenstadt statt. Ziel der SPÖ und des GVV ist es, noch mehr engagierte Frauen für den Einstieg in politische Funktionen und Positionen zu begeistern und sie dafür mit Know-How und einem politischen Netzwerk zu unterstützen. Unsere Gemeinden brauchen Frauen, die bereit sind, Verantwortung zu übernehmen und die Politik in den Kommunen unter sozialdemokratischen Aspekten mitzugestalten. Die Frauenakademie besteht aus fünf Modulen zu den Themen Gemeindeordnung, Rhetorik, Geschichte und Grundwerte der SPÖ, sowie Hausbesuche und Pressearbeit. Voraussetzung für die Teilnahme am Lehrgang ist eine SPÖ-Platzierung auf dem Wahlvorschlag für die Gemeinderatswahl 2022 im Burgenland. Foto: GVV Burgenland

## Studienplätze für ÄrztInnen kostenlos

Das Land Burgenland setzt einen weiteren entscheidenden Schritt zur personellen Absicherung der Gesundheitsversorgung im Burgenland. Mit der Danube Private University (DPU) werden ab Herbst 2022 bis 2027 jährlich 55 kostenlose Studienplätze für angehende Ärztinnen und Ärzte finanziert, die sich dazu verpflichten, nach ihrer Ausbildung mindestens fünf Jahre lang im Burgenland im niedergelassenen Bereich oder in einem burgenländischen Spital zu arbeiten.

Die bestehenden Stipendiatinnen und Stipendiaten eingerechnet, werden bis 2027 rund 350 Ärztinnen und Ärzte ausgebildet. „Damit durchbrechen wir den Stillstand, den die Bundesregierung beim Ärztemangel zu verantworten hat“, betont Landeshauptmann Hans Peter Droschitz. In weiterer Folge soll am Campus der Fachhochschule Pinkafeld ein zweiter Standort der DPU entstehen.

energie  
BURGENLAND

# Hast du Platz auf deinem Dach?

Dann hol dir SonnenMax oder SonnenMarie



Deine  
PV-Anlage  
ab 45 Euro  
im Monat!



Nähere Informationen auf [weiterdenker.at](http://weiterdenker.at)

## Neue Bürgermeister treffen Landhauptmann

Im Rahmen der KOPAK Schulung für die neu ins Amt gekommenen BürgermeisterInnen und Bürgermeister – ein Jahr vor einer regulären Bürgermeister- und Gemeinderatswahl kann ja innerhalb des Gemeinderates nachgewählt werden – gab es auch ein Treffen mit Landeshauptmann Hans Peter Doskozil, SPÖ-Klubobmann Robert Hergovich, SPÖ-Landesgeschäftsführer Roland Fürst und GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold. Dabei gab es einen zwanglosen Austausch über alle möglichen landes-, bundes- und gemeindepolitischen Themen, die kommende Gemeinderatswahl sowie die Herausforderungen des Bürgermeisteramtes. GVV Landesgeschäftsführer Marhold stellte dabei auch noch einmal das umfassende Service- und Beratungspaket des GVV Burgenland vor, mit Schulungen und auch der Betreuung vor Ort durch den 2. Landesgeschäftsführer Patrick Hafner.



Landeshauptmann Hans Peter Doskozil und Klubobmann Robert Hergovich beim Treffen mit den neuen Bürgermeistern

## Commerzbankpleite: Ersatzrate bis zu 80%

Im Zuge der Commerzbank-Pleite haben viele burgenländische Gemeinden – vor allem im Bezirk Mattersburg – einen finanziellen Schaden davongetragen. Alle geschädigten Gemeinden haben sich nun dazu entschlossen, ihre finanziellen Forderungen an das Land Burgenland abzutreten. Die Kommunen müssen dabei zwar auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten, dafür übernimmt das Land das Prozessrisiko und erspart den Gemeinden ein möglicherweise jahrelanges Gerichtsverfahren. Die Bandbreite der Ersatzrate reicht von 40 bis 80 Prozent.



Ziehen gemeinsam an einem Strang: Ziel ist es, wieder eine Mehrheit für die SPÖ bei den kommenden Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Bezirk EU zu erreichen.

## SpitzenkandidatInnentreffen des Bezirks Eisenstadt-Umgebung

**E**nde März fand in Rust ein von der SPÖ Bezirksorganisation veranstaltetes Treffen aller Spitzenkandidaten und Spitzenkandidatinnen in den Gemeinden des Bezirks Eisenstadt-Umgebung statt. Mit dabei war auch der GVV mit Präsident Erich Trummer und den beiden Landesgeschäftsführern Patrick Hafner und Herbert Marhold. Eingeladen wurde von der SPÖ Vorsitzenden des Bezirks LHStv. Astrid Eisenkopf.

Das Treffen diente zur Vernetzung, zum Kennenlernen und zum Austausch vor der so wichtigen Bürgermeister- und Gemeinderatswahl im Herbst 2022. Derzeit stellt die SPÖ im Bezirk EU in zwölf von 25 Ge-

meinden den Bürgermeister oder die Bürgermeisterin. Ziel ist es natürlich, hier wieder eine Mehrheit für die SPÖ herzustellen. Insgesamt will man auch auf Gemeinde-ratsbene stärker werden. Mit Rita Stenger aus Siegendorf gibt es jetzt auch im Bezirk Eisenstadt-Umgebung eine erste rote Bürgermeisterin. Außerdem hat die SPÖ in Eisenstadt, Zillingtal, Oslip, Mörbisch, Donnerskirchen und Steinbrunn weitere weibliche Spitzenkandidatinnen. Mit dabei waren auch Klubobmann Robert Hergovich, SPÖ Landesgeschäftsführer Roland Fürst und Bundesrat Günter Kovacs.

Weitere solche Treffen sind auch in anderen Bezirken geplant.



Klubobmann Robert Hergovich mit Vzbgm. Isabella Radatz-Grauszer, Steinbrunn, Bgm. Ivan Grujic, Zagersdorf, GV Jakob Jürgen, St. Margarethen, und Bgm. Rita Stenger, Siegendorf

## Wahlvorbereitung: Tour durch die Bezirke

Im Rahmen der Wahlvorbereitungen für die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Oktober 2022 im Burgenland tourt der GVV und die SPÖ Burgenland derzeit durch alle Bezirke, um den Funktionärinnen und Funktionären die Servicleistungen von Partei und GVV näher zu bringen.

Bis Ende Februar wurden bereits die Bezirke Oberpullendorf, Güssing, Oberwart und Neusiedl am See besucht. Zuletzt folgten Treffen in den Bezirken Mattersburg und Eisenstadt-Umgebung. Neben den regelmäßigen Kommunalstammtischen des GVV in den Bezirken wurde diesmal ein größerer Kreis informiert. Es geht dabei um Werbeartikel, Folder, Plakate, Zeitungen und natürlich auch um den rechtlichen Support, wie zum Beispiel die Neuerungen in der Gemeindewahlordnung. Der GVV wird vor allem diesen Teil der rechtlichen Beratung und Servicierung der Gemeinden übernehmen.

*Bezirksausschusssitzung im Bezirk Eisenstadt-Umgebung*



*Voller Saal im Rahmen der Tour der SPÖ und des GVV zur Wahlvorbereitung im Bezirk Neusiedl am See.*

Fotos: GVV Burgenland



*Auch im Martinihof in Neudörfel fand eine Sitzung auf Bezirksebene statt, um sich auf die Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen vorzubereiten*



## Arbeitsgespräch: Friedl trifft Landesrätin Winkler

**L**andesrätin Daniela Winkler: „Gespräche mit den Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern vor Ort sind immens wichtig, um Projekte zu besprechen und gleich zu sehen, wo der Schuh drückt.“

Anfang Februar empfing GVV Vizepräsident Werner Friedl, Bürgermeister der

nordburgenländischen Gemeinde Zurndorf, Bildungslandesrätin Mag.<sup>a</sup> Daniela Winkler zu einem Arbeitsgespräch in seiner Gemeinde. Gemeinsam mit Mitstreitern wurden zukünftige Themen für die Gemeinde besprochen. Eines der herausragenden Projekte wird auch 2022 wieder das @Lern- und Feriencamp in Zurndorf sein.



*GVV-Vizepräsident Bgm. Werner Friedl mit Landesrätin Daniela Winkler in Zurndorf*

# Kobersdorf, Stegersbach, Gols und Illmitz mit neuen

In den Gemeinden Kobersdorf, Stegersbach, Illmitz und Gols wurden im Vorfeld der Bürgermeister- und Gemeinderatswahlen im Herbst die personellen Weichen neu gestellt und neue Bürgermeister gewählt. Die Neuen an der Ortsspitze sind Andreas Tremmel (Kobersdorf), Kilian Brandstätter (Gols), Jürgen Dolesch (Stegersbach) und Maximilian Köllner (Illmitz). Außerdem gewechselt wurde bereits in Mannersdorf a.d.R., Hirm, Siegendorf, Lockenhaus, Mattersburg, Wallern, Steinberg-Dörfel, Zagersdorf, Sigleß, Frauenkirchen, Weingraben und Trausdorf. Bis zur Wahl im Oktober sind noch in drei weiteren Gemeinden Wechsel geplant.

In Kobersdorf wurde Andreas Temmel vom Gemeinderat zum neuen Bürgermeister gewählt. Er folgt in dieser Funktion Klaus Schütz. Neben der Bürgermeisterwahl gab es weitere Personalrochaden. Zur neuen 2. Vizebürgermeisters wurde Susanna Grössing gewählt. Ihr frei gewordenes Gemein-

Gols: Bildmitte LAbg. Bgm. Kilian Brandstätter und Bgm. a.D. Hans Schrammel mit den Mandatären des Bezirks Neusiedl am See. Landesrätin Mag.<sup>a</sup> Daniela Winkler, NR. Maximilian Köllner und die Landtagsabgeordneten Bgm. Erwin Preiner, Bgm.<sup>in</sup> Elisabeth Böhm und Gerhard Bachmann gratulierten dem neuen Bürgermeister.

Foto: SPÖ Neusiedl

Stegersbach: Vor Ort gratulierten GVV Bezirksvorsitzender LAbg. Bgm. Wolfgang Sodl, Landtagspräsidentin Verena Dunst und der 2. GVV Landesgeschäftsführer Patrick Hafner dem neuen Bürgermeister Jürgen Dolesch und bedankten sich bei Bürgermeister a.D. Heinz Peter Krammer für die jahrzehntelange Zusammenarbeit.

Foto: SPÖ Bezirksorganisation Güssing



Kobersdorf: Landesrat Heinrich Dorner, Bürgermeister Andreas Tremmel, Bürgermeister a.D. Klaus Schütz und Bezirksgeschäftsführer Patrick Brenner Foto: SPÖ Bezirksorganisation OP



## Ortschefs

*Illmitz: Bürgermeister a.D. Alois Wegleitner gratuliert seinem Nachfolger Bgm. NR Maximilian Köllner. „Der schönste Teil der Politik findet in der Kommunalpolitik statt. Hier ist man direkt mit den Menschen verbunden. Das möchte ich und deswegen habe ich mich dazu entschieden diesen Weg mit der Bevölkerung zu gehen“, freut sich Köllner auf die kommenden Aufgaben.*

Foto: SPÖ Bezirksorganisation Neusiedl



devorstandsmandat erhielt nach fraktioneller Wahl Rudolf Manninger. Außerdem wurden seitens der SPÖ Mario Leopold als neuer Gemeinderat sowie Rita Binder-Schöll als neue Ersatzgemeinderätin angelobt. Im Rahmen der Sitzung bedankte sich Tremmel bei seinem Vorgänger Klaus Schütz. „Du hast viel für die Gemeinde geleistet und viel erreicht“, so Tremmel.

Einen Generationenwechsel an der Spitze gab es auch in der Marktgemeinde Gols. Landtagsabgeordneter Kilian Brandstätter übernahm das Bürgermeisteramt von Johann Schrammel. Bei der ordentlichen Sitzung des Gemeinderates Mitte Jänner wurde Brandstätter mit 16 zu neun Stimmen zum neuen Bürgermeister von Gols gewählt. Der langjährige Gemeindevorstand Matthias Mayer folgt ihm als 1. Vizebürgermeister der größten Weinbaugemeinde Österreichs nach. Der 30jährige Kilian Brandstätter, der bereits seit seinem 13. Lebensjahr in der SJ politisch aktiv war, wurde 2010 Landesvorsitzender der Sozialistischen Jugend Burgenland. Vor zehn Jahren kam er in den Golser Gemeinderat, wurde bereits 2015 in den Burgenländischen Landtag gewählt und ist seit 2019 gemeinsam mit dem gleichaltrigen NR Maximilian Köllner aus Illmitz Bezirksvorsitzender der SPÖ des Bezirks Neusiedl am See.

In Illmitz übernahm NR Maximilian Köllner, MA von seinem Vorgänger Alois Wegleitner das Bürgermeisteramt. Bei der im März 2022 stattgefundenen Gemeinderatsitzung wurde Köllner nun mit 13 zu zehn Stimmen, also überparteilich, gewählt. Alo-

is Wegleitner war seit 25 Jahren im Illmitzer Gemeinderat, die letzten 10 Jahre als Bürgermeister der Tourismus- und Nationalparkgemeinde. Wegleitner hinterlässt eine infrastrukturell und finanziell bestens aufgestellte Gemeinde und macht keinen Hehl daraus, dass er mit Köllner den richtigen Nachfolger gefunden hat: „Es ist ein fordernder Job, den ich lange Zeit sehr gerne gemacht habe. Max ist um einiges jünger, bringt den notwendigen Ehrgeiz und das Know-How der modernen Zeit mit. Ich bin überzeugt davon, dass er die beste Wahl für Illmitz ist.“

Mitte Dezember kam es auch in der südburgenländischen Thermen- und Golfgemeinde Stegersbach zu einem Wechsel im Gemeindeamt. Damit ging auch eine Ära zu Ende: Insgesamt 34 Jahre war Heinz Peter Krammer in der Politik der Marktgemeinde Stegersbach aktiv, davon 24 Jahre als Bürgermeister. Am 16. Dezember 2021 wurde im Gemeinderat mit Jürgen Dolesch sein Nachfolger gewählt. Krammer war auch viele Jahre als GVV Bezirksvorsitzender des Bezirks Güssing tätig. Vor Ort gratulierten GVV Bezirksvorsitzender LAbg. Bgm. Wolfgang Sodl, Landtagspräsidentin Verena Dunst und der 2. GVV Landesgeschäftsführer Patrick Hafner.

Der GVV Burgenland bedankt sich bei allen scheidenden BürgermeisterInnen für die geleistete Arbeit und die gute und stets offene und ehrliche Zusammenarbeit mit dem Verband und wünscht den neuen Bürgermeisterinnen und den neuen Bürgermeistern viel Erfolg für ihre neuen Aufgaben.

## Wir helfen Menschen aus der Ukraine

„Wir helfen! - SPÖ Burgenland für Menschen aus der Ukraine!“, so lautet die Spendenaktion mit die burgenländische SPÖ und der GVV, gemeinsam mit anderen Organisationen, ukrainischen Familien im Kriegsgebiet und auch hier im Burgenland rasch helfen will. Es geht um Leben oder Tod für ukrainische Familien. Je schneller wir helfen, desto mehr können wir retten. Deswegen appellieren wir an all unsere Mitglieder, die Spendenaktion zu unterstützen. Einerseits werden die Geldspenden über das Land Burgenland gezielt für den Ankauf dringend benötigter Lebens- und Sachmittel verwendet und über das ukrainische Militär in die Krisengebiete gebracht und andererseits wollen wir mit der Aktion geeignete burgenländische Quartiere für die geflüchteten Menschen bereitstellen, damit sich vor allem die Kinder wieder sicher fühlen.

So unterstützt Ihr die Spendenaktion:

1. Überweisung eines Geldbetrages auf das eigens von den Kinderfreunden Burgenland eingerichteten Spendenkonto AT46 2011 1297 4659 2800. Bitte immer die Kennnummer 80014 beim Verwendungszweck angeben!
2. Solltet Ihr geeignete Unterkünfte bereitstellen wollen, ruft bitte die Hotline des Landes Burgenland unter 02682 65933 1380 an oder schreibt eine E-Mail unter [burgenland-hilft@bgl.gv.at](mailto:burgenland-hilft@bgl.gv.at).

„Jeder noch so kleine Betrag zählt, jede geeignete Unterkunft wird benötigt. Wir wollen einfach dieses unvorstellbare Leid der ukrainischen Familien, besonders der Kinder, so gut wie irgend möglich lindern, sei es vor Ort im Kriegsgebiet, als auch bei uns im Burgenland“, so GVV Präsident Erich Trummer.

Die Spendenaktion wird von folgenden Organisationen unterstützt: Kinderfreunde Burgenland, Volkshilfe Burgenland, Arbeiter-Samariter-Bund Österreich, Landesverband Burgenland, Naturfreunde Burgenland, Pensionistenverband Burgenland, GVV Burgenland, ARBÖ Burgenland, BSA Burgenland, Renner Institut Burgenland, SPÖ Frauen Burgenland und Sozialistische Jugend Burgenland.

## 18 Ortschaften mehr als 30 Jahre im Amt

Der Österreichische Gemeindebund erhob die Daten aller Bürgermeisterinnen und Bürgermeister österreichweit. Mit fast 42 Jahren Amtszeit ist Georg Bantel, Bürgermeister von Möggers in Vorarlberg, der längst amtierende Bürgermeister Österreichs. Auf Platz 10 der Liste findet sich der erste Burgenländer. Es ist Bürgermeister Johann Kremnitzer aus Neustift an der Lafnitz. Er wurde im April 1990, vor 31 Jahren, das erste Mal in dieses Amt gewählt. Er ist damit im Burgenland die Nummer 1. Ihm folgen im Burgenland Johann Fellinger aus Zillingtal (seit 1991 im Amt) und Matthias Weghofer aus Wiesen (ebenfalls 1991). Bald ihr 30er Jubiläum feiern können die Bürgermeister Leo Radakovits aus Güttenbach und Johann Balogh aus Nikitisch, sie wurden 1992 Bürgermeister in ihren Gemeinden.



LH Hans Peter Doskozil und Bürgermeister Johann Kremnitzer bei einer Landesehrung  
Foto: LMS / Gregor Hafner



Bei der Bundesvorstandssitzung in Wien: Alfred Riedl, Renate Habetler, Andrea Kaufmann, Bettina Lancaster, Erich Trummer und Rupert Dworak  
Foto: GVV Burgenland

## Österreichischer Gemeindebund: Riedl als Präsident wiedergewählt

**E**nde März fand in Wien die Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes statt. Präsident Alfred Riedl wurde mit großer Mehrheit in seiner Funktion wiedergewählt.

Bei der ordentlichen Bundesvorstandssitzung des Österreichischen Gemeindebundes Ende März in Wien wurden neben dem Beschluss des Rechnungsabschlusses auch die wesentlichen Funktionsträgerinnen und Funktionsträger des Österreichischen Gemeindebundes neu gewählt. Der bisherige Präsident Alfred Riedl wurde mit großer Mehrheit wiedergewählt. Als Vizepräsident der ÖVP wurde der Präsident des Steiermärkischen Gemeindebundes, Bgm. Erwin Dirnberger, gewählt. Für die SPÖ zum Vi-

zepräsidenten gewählt wurde GVV NÖ Präsident Bgm. Rupert Dworak. Auf weiblicher Seite wurde für die ÖVP die Bürgermeisterin von Dornbirn gewählt. Andrea Kaufmann ist auch Vorsitzende des Vorarlberger Gemeindeverbandes. Für die SPÖ gewählt wurde Bgm. Bettina Lancaster aus Oberösterreich. Sie ist dort Vorsitzende des GVV OÖ. Des Weiteren wurden auch die Mitglieder der Kontrolle und des Schiedsgerichts gewählt. Die Sitzung diente auch der Vorbereitung des Österreichischen Gemeindetages 2022 in Wels. Für den GVV Burgenland nahmen Präsident Erich Trummer und Vizepräsidentin Renate Habetler als ordentliche Delegierte teil. Außerdem mit dabei der 1. Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold.

## Land & Bezirke: Wahl der FF-Kommandanten/Stellvertreter

Seit dem Jahr 2021 werden die Feuerwehrkommandanten und ihre Stellvertreter im Burgenland von ihren Mitgliedern demokratisch gewählt. Im heurigen Jahr stehen die Wahlen für die Funktionäre auf Bezirks- und Landesebene an. Die Wahlen in den Bezirken für die Abschnitts- und Bezirkskommandanten und dessen Stellvertreter laufen seit 1. März und müssen bis 30. April abgeschlossen sein. Am 18. Juni werden der neue Landesfeuerwehrkommandant und seine beiden Stellvertreter gewählt.



Vorbereitung für die Wahlen: Wahlleiter Landesfeuerwehrrichtungsleiter DI Sven Karner (2. v. r.) und sein Stellvertreter WHR Mag. Erich Hahnenkamp (2. v. l.) wurden durch Landesamtsdirektor Mag. Ronald Reiter im Beisein von LR Mag. Heinrich Dorner angelobt. Foto: LMS



**Bundesarbeitsklausur GVV Österreich:** Unter Einhaltung der 2G plus Regelung fand Anfang Jänner in Wien im Renner Institut die erste Sitzung des Bundesvorstandes des GVV Österreich 2022 statt. Neben dem allgemeinen Austausch über tagespolitische Themen standen die Themen Termine, Corona-Impfpflicht und die Konsequenzen für die Kommunen, der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung sowie die Gemeinderatswahlen in Tirol auf der Tagesordnung. Geleitet wurde die Sitzung erstmals vom neu gewählten Vorsitzenden des GVV Österreich NR Bgm. Andreas Kollross. Insgesamt waren mehr als 20 Vorstandsmitglieder aus ganz Österreich und aus allen GVV Landesverbänden mit dabei. Für den GVV Burgenland nahmen GVV-Vizepräsidentin Inge Posch-Gruska und der 1. GVV Landesgeschäftsführer Mag. Herbert Marhold teil.

Foto: GVV Burgenland

## Karfreitags-Regelung

In den meisten burgenländischen Gemeinden wird und wurde seit Jahrzehnten freiwillig die Landesregelung übernommen, dh Karfreitag frei für ALLE. Mit der Novellierung des Gemeindebedienstengesetzes wurden nun mit dem §133b auch die Feiertage explizit geregelt, und zwar ab 1.1.2021 für jene MitarbeiterInnen, die ins neue Gehaltsschema (vulgo Mindestlohn) fallen. Für den bevorstehenden Karfreitag 2022 (15.4.) bleibt für die Bediensteten des Landes die Karfreitagsregelung im burgenländischen Landesdienst in der bestehenden Form erhalten, dh. der Karfreitag wird für Landesbedienstete ein dienstfreier Tag bleiben, ebenso für alle Gemeindebediensteten, die ins neue Schema gewechselt sind. „Wir empfehlen den BürgermeisterInnen, allen Bediensteten am Karfreitag, so wie bisher, frei zu geben“, sagt GVV Präsident Erich Trummer. Bei Journaldienst in einer Gemeinde, hat der Mitarbeiter, analog der Landesregelung, Anspruch auf einen freien Tag als Ersatz.

# WIR HELFEN!



**SPÖ Burgenland für Menschen aus der Ukraine!**



Geldspenden auf das Konto: AT46 2011 1297 4659 2800,  
Kennnummer: 80014

**Unterkünfte bereitstellen:**

Hotline Land Burgenland: 02682 65933 1380

E-Mail: [burgenland-hilft@bglid.gv.at](mailto:burgenland-hilft@bglid.gv.at)

Infos zur Mietvereinbarung: <https://www.burgenland.at/politik/burgenland-hilft>

**Vielen Dank für Eure Hilfe!**



**GVV NÖ Präsident Rupert Dwork**

**feiert 60er:** Im Rahmen einer Fraktionsitzung der SPÖ Fraktion im Österreichischen Gemeindebund Anfang März in Kaprun wurde dem Fraktionsführer Bgm. Rupert Dwork aus Ternitz in Niederösterreich zum 60igsten Geburtstag gratuliert. Dwork ist seit 2008 Präsident des GVV Niederösterreich und seit 2010 auch Fraktionsführer der SPÖ im Österreichischen Gemeindebund.

Bild: LGF Marhold, Präsident Trummer, Präsident Dwork, Präsident Vallant, LGF Buschenreiter  
Foto: GVV Burgenland



**Pflege: Neues Modell nahe am Wohnort**

Das wohnortnahe Pflege-Angebot im Burgenland wird massiv ausgebaut. Die Voraussetzung dafür ist eine Neustrukturierung. Die Bereiche Hauskrankenpflege, betreutes Wohnen und Seniorentagesbetreuung im Burgenland werden in 28 Regionen und rund 70 Subregionen gegliedert. Gestartet wird in zwei Modellregionen noch im Sommer 2022. Der Start im gesamten Burgenland wird im Jänner 2024 sein.

Es soll künftig ein einziger Träger pro Region für die Angebote in Pflege und Betreuung verantwortlich sein – ausgenommen sind die Altenwohn- und Pflegeheime. Pro Subregion sollen bei den Trägern neun Vollzeitäquivalente beschäftigt sein. Das Mindestlohnmodell im Burgenland von 1.700 Euro netto bei 40 Stunden wird umgesetzt. „Dieses Modell ist einzigartig in Österreich. Aus unserer Sicht regeln wir damit das Thema Pflege, soweit es den nichtstationären Bereich betrifft, abschließend“, sagt Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

In jeder einzelnen Subregion wird die fachliche Leitung die Leistungen koordinieren. Eine Pflege- und Sozialberatung kann in jeder Region angeboten werden. Gemeinsam mit allen Trägerorganisationen und Experten werden jetzt die Umsetzungskonzepte ausgearbeitet. Das Land Burgenland reagiert mit dem neuen Modell auf die künftigen demografischen Entwicklungen.

**Tagung des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes**

**Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes bereitet sich auf die kommenden Finanzausgleichsverhandlungen vor.**

Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes tagte Anfang März in St. Johann im Pongau. Die Sitzung diente der Vorbereitung der Bundesvorstandssitzung im April, wo neben Personalfragen auch der Rechnungsabschluss des Österreichischen Gemeindebundes beschossen werden muss. GVV Mitglieder des Bundesvorstandes des

Österreichischen Gemeindebundes sind Präsident Erich Trummer, Vizepräsidentin Renate Habetler sowie kooptiert der 1. GVV Landesgeschäftsführer Herbert Marhold.

Mit dabei in Salzburg waren Präsident Erich Trummer als Mitglied des Präsidiums des Österreichischen Gemeindebundes sowie LGF Herbert Marhold. Weitere Themen waren auch der bevorstehende Gemeindetag in Wels und auch die Vorbereitungen auf den FAG 2023.



Das Präsidium des Österreichischen Gemeindebundes nutzte die Tagung auch zur Vorbereitung auf die Verhandlungen zum Finanzausgleich 2023

## Aktion Schneeflocke – BürgermeisterInnen schreiben BürgermeisterInnen

**Die in der Gemeinde Kuchl geborene Idee, mit russischen Bürgermeistern in Kontakt zu treten, könnte von der Schneeflocke zum Schneeball werden. Direkte Briefe von Kommunalpolitikern an ihre russischen Amtskollegen sollen die öffentliche Debatte in Russland anheizen.**

Vizebürgermeisterin Carmen Kiefer und Bürgermeister Thomas Freylinger verfassten einen gemeinsamen Brief an russische Amtskollegen, mit dem an die jahrzehntelange Zusammenarbeit zwischen russischen und ukrainischen Gemeinden und deren gemeinsame Ziele, nämlich die Daseinsvorsorge der eigenen Bevölkerung zu garantieren, erinnert wird. Die russischen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister werden aufgefor-

dert, den Bürgern Zugang zu echter Information zu gewähren, einen offenen Diskurs zu ermöglichen und für ein Ende des Krieges – der als solcher klar zu benennen ist – einzutreten.

Bürgermeisterinnen und Bürgermeister sollten Impulsgeber des Friedens sein, daran will der Brief die russischen Amtskollegen erinnern.

Politiker, die die Aktion unterstützen wollen, können sich an das Brüsselbüro des Gemeindebundes wenden (E-Mail: oegemeindebund@skynet.be), das ihnen den Musterbrief auf Deutsch und Russisch sowie eine Adressliste russischer Gemeinden zur Verfügung stellt.



### EU-Datengesetz: Vorschlag liegt am Tisch

Ende Februar präsentierte die EU-Kommission den Vorschlag für den sog. Data Act. Damit soll erstmals auch der Datenzugang business2government festgelegt werden. Behörden sollen dadurch im Bedarfsfall Zugang zu Unternehmensdaten erhalten.

Der Data Act ist nach dem Data Governance Act der zweite große Gesetzgebungsvorschlag im Zusammenhang mit der Datenwirtschaft. Erklärtes Ziel der Kommission ist die Stärkung des europäischen Datenbinnenmarkts bei gleichzeitiger Wahrung digitaler Rechte.

Der Data Act verfolgt drei große Ziele:

- Verbraucher sollen über ihre Daten, v.a. aus Internet of Things-Anwendungen, frei verfügen können;
- Die Wahlfreiheit der Verbraucher soll gestärkt werden, indem Geräte und mit ihnen verbundene Dienstleistungen entkoppelt werden;
- Die Datenwirtschaft soll durch Datenaustausch business2business, business2government, business2consumer gestärkt werden.

Aus kommunaler Sicht interessiert v.a. Kapitel V, das den Zugang von Behörden zu Unternehmensdaten regelt. Im Katastrophenfall oder zur Gefahrenabwehr sollen Unternehmen relevante Daten mit den zuständigen Behörden teilen.

## EU-Fördertöpfe für Breitbandausbau

**Die EU-Kommission veröffentlichte eine Broschüre, die einen Überblick über europäische Fördermöglichkeiten für den Breitbandausbau gibt.**

Bei den Fördertöpfen handelt es sich jedoch nicht um Projektförderungen, die von interessierten Gebietskörperschaften direkt beantragt werden können, sondern um einen Überblick bestehender Förder-

möglichkeiten, etwa im Rahmen der Kohäsionspolitik oder der Aufbau- und Resilienzfazilität. Das heißt, es liegt vor allem an der Prioritätensetzung der Mitgliedstaaten, welche EU-Mittel wo zum Breitbandausbau beitragen. Das Pilotprogramm WiFi4EU wird in dieser Förderperiode leider nicht fortgesetzt, stattdessen unterstützt die Connecting Europe Fazilität (CEF) den 5-G Ausbau.

## Ukrainischer Gemeindebund fordert Solidarität

**Der Krieg in der Ukraine wird in Städten und Gemeinden ausgetragen, leidtragend ist die gesamte Bevölkerung. In einem offenen Brief ersucht der Präsident des Ukrainischen Städte- und Gemeindebundes um Solidarität europäischer Verbände.**

Vitaliy Klitschko, Bürgermeister von Kiew und Präsident des ukrainischen Städte- und Gemeindebundes, ersucht die europäischen Schwesterverbände um Solidarität mit den ukrainischen Gemeinden. Viele ukrainische Städte und Gemeinden haben

den europäischen Dachverband RGRE/CEMR direkt mit Listen benötigter Hilfsgüter kontaktiert, die bei Interesse weitergegeben werden können. Der CEMR ([www.ccre.org](http://www.ccre.org)) ist in laufendem Austausch mit den ukrainischen Verbänden und Gemeinden und hat eine Taskforce eingerichtet, die Hilfesuchende und Helfende zusammenbringen und über Beiträge der lokalen und regionalen Ebene beraten soll. Die ukrainischen Kommunalverbände sind Mitglieder des Dachverbands RGRE/CEMR, welcher die Angriffe verurteilt.



**BürgermeisterInnen Treffen und Empfang bei Pamela Rendi-Wagner:** Im Vorfeld des von 31. März bis 1. April 2022 erstmals stattgefundenen Treffens von Bürgermeisterinnen aus ganz Österreich zu einer Bundestagung in der Hofburg in Wien, empfing SPÖ Bundespartei vorsitzende Pamela Rendi-Wagner viele SPÖ Bürgermeisterinnen in Wien zu einem Vernetzungstreffen. Für das Burgenland mit dabei waren GVV Vizepräsidentin Renate Habetler aus Bernstein, GVV Präsidiumsmitglied Andrea Reichl aus Deutsch Kaltenbrunn sowie Michi Raber, Bürgermeisterin von Rauchwart. Die anschließende Tagung, die vom Österreichischen Gemeindebund organisiert wurde, stand unter der Schirmherrschaft von Frauenministerin Susanne Raab und Bundespräsidentengattin Doris Schmidauer. Die Ortschefinnen aus Österreich, Deutschland und der Schweiz diskutierten zu Themen und Herausforderungen in der Kommunalpolitik.

Foto: SPÖ Bundespartei



## Neuer Volkshilfe-Stützpunkt in Frauenkirchen

Die Volkshilfe Burgenland eröffnet einen neuen Stützpunkt in Frauenkirchen in der Hauptstraße 21. In etwa einem Jahr soll dann der Stützpunkt in einem Neubauprojekt der OSG untergebracht werden, wo dann auch „betreutes Wohnen“ angeboten wird. Aktuell arbeiten in der Volkshilfe Burgenland ca. 240 hochqualifizierte MitarbeiterInnen. Im Bereich der mobilen Hauskrankenpflege, der Familienbetreuung und der Demenzbetreuung ist die Volkshilfe Burgenland der größte Anbieter dieser sozialen Dienstleistungen!

Von links: Vize-Bürgermeister Doser Matthias, Prokurist der Volkshilfe Hannes Schwab, LRin Daniela Winkler, Bürgermeister Hannes Schmid, Präsidentin Verena Dunst, NR Maximilian Köllner, Alt Bürgermeister Josef Ziniel, Stützpunktleiterin Frauenkirchen Claudia Gröller

Foto: Volkshilfe

### I M P R E S S U M

**Medieninhaber und Verleger:**

Sozialdemokratischer Gemeindevertreterverband  
 Permayerstraße 2, 7000 Eisenstadt  
[www.gvbgld.at](http://www.gvbgld.at)

**Redaktion:** GVV Burgenland

**Druck:** Druckzentrum Eisenstadt, Graphische Werkstatt  
 GmbH, Mattersburgerstr. 23c, 7000 Eisenstadt  
 P.b.b. Verlagspostamt: 7000 Eisenstadt

**Zulassungsnummer: 02Z034036 M**